

Jörg Bode an der Spitze der FDP-Landtagsfraktion

Jörg Bode aus Celle ist neuer Vorsitzender der FDP-Landtagsfraktion. Die liberalen Abgeordneten haben den 38-jährigen gelernten Bankkaufmann einstimmig an die Spitze der Fraktion gewählt. Bode war Wunschkandidat von Philipp Rösler, der die Fraktion sechs Jahre lang geführt hatte, bevor er am 18. Februar als Niedersächsischer Minister für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr vereidigt wurde. Auf Vorschlag von Jörg Bode hat die Fraktion außerdem den 31-jährigen Christian Dürr aus Ganderkesee im Landkreis Oldenburg einstimmig zum neuen Parlamentarischen Geschäftsführer gewählt. Bode, der bereits seit dreieinhalb Jahren Parlamentarischer

Geschäftsführer der FDP-Fraktion war, bedankte sich herzlich bei den Abgeordneten „für das riesige Vertrauen, was mir hier entgegengebracht wird.“ Bode weiter: „Philipp Rösler hat für die FDP Niedersachsen in den vergangenen Jahren großartige Arbeit geleistet. Er hat die liberale Fraktion erkennbar gemacht und ihr ein Gesicht gegeben. Dafür sagen alle Abgeordnete und Mitarbeiter der Fraktion einen ganz herzlichen Dank und wünschen viel Erfolg und Freude im neuen Amt.“ Er selber werde versuchen, an die Leistung Röslers anzuknüpfen. „Wir wollen weiter daran arbeiten, Niedersachsen im Vergleich der Bundesländer nach vorne zu bringen. Die

Menschen hier im Land, aber auch der Koalitionspartner CDU können sich darauf verlassen, dass wir den soliden Kurs der vergangenen Jahre halten werden“, sagte der neue Fraktionsvorsitzende. Besonders in der Wirtschafts-, Innen- und Bildungspolitik werde die FDP auch in den kommenden Jahren klare liberale Akzente setzen. „Das erwarten die Menschen in Niedersachsen von uns und wir wollen sie nicht enttäuschen“, so Bode. Auch Christian Dürr freute sich über das gute Ergebnis seiner Wahl und sagte: „Die Abgeordneten haben mir eine tolle Chance gegeben, die ich für die FDP im Niedersächsischen Landtag nutzen werde.“

Zum Nachfolger von Jörg Bode als innenpolitischer Sprecher der Landtagsfraktion haben die Abgeordneten Jan-Christoph Oetjen aus Sottrum im Landkreis Rotenburg

gewählt, zum neuen finanzpolitischen Sprecher Christian Grascha aus Einbeck.



Konjunkturpaket Über den Löwenanteil entscheiden die Kommunen



die Weichen für die Umsetzung des Konjunkturpaketes gestellt. Niedersachsen bekommt aus dem Konjunkturpaket einen Anteil von 920 Mio. Euro für zusätzliche Investitionen, die mit 307 Mio. Euro von Land und Kommunen gegenfinanziert werden. Den Vorgaben des Bundes entsprechend werden 65% der Mittel (ca. 600 Millionen) in die Bildung investiert. Die übrigen 35% (ca. 320 Mio.) sollen in die Infrastruktur gesteckt werden. 600 Mio. Euro wird das Land Niedersachsen den Kommunen weiterreichen, die über diese Summe selbstständig entscheiden können. Wir setzen darauf, dass das Geld auf diese Weise der Konjunktur besonders schnell zugutekommt. Insgesamt können in Niedersachsen 78%

der Mittel für kommunale Investitionen verwendet werden. Der Bund hat lediglich eine Weitergabe von 70% der Mittel an die Kommunen gefordert. Wir machen damit klar, dass wir großes Vertrauen in Leistungsfähigkeit und Augenmaß unserer Kommunen haben. Weitere 364 Mio. Euro sollen in die Schulinfrastruktur, Breitbandverbelung, kommunale Sportstätten und Krankenhäuser, den Hochwasserschutz im Binnenland sowie die Altlastensanierung fließen. Für Investitionen des Landes in die Hochschulen, Forschung und Bildung und einzelne Leuchtturmprojekte stehen insgesamt 263 Mio. Euro zur Verfügung. Zusätzlich stockt das Land das Investitionsvolumen um rund 163 Mio. Euro auf. Dies entspricht

dem Anteil der kommunalen Kofinanzierung. Niedersachsen hat im Bundesrat dem Konjunkturpaket zugestimmt, weil zuvor auch ein niedersächsischer Entschließungsantrag Unterstützung fand. Darin wird die Bundesregierung aufgefordert, die von der FDP seit langem geforderte Steuerreform umzusetzen, die die Bürger spürbar entlasten und die kalte Progression deutlich abmildern soll. Immerhin haben sich die Ministerpräsidenten von Baden-Württemberg, Bayern, Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, dem Saarland und Thüringen zu dieser großen Steuerreform nach der Bundestagswahl bekannt. Eine weiterer Kernpunkt des Antrags ist die Forderung, dass die Schulden, die für das Konjunktur-

paket gemacht werden, tatsächlich und so schnell wie möglich getilgt werden müssen und nicht - wie bei den Krediten im Zuge der deutschen Wiedervereinigung - in den Bundeshaushalt überführt werden dürfen. Besonders vor dem Hintergrund dieser neuen Schulden, die jetzt aufgenommen werden, müssen wir dafür Sorge tragen, dass sich die Investitionen langfristig auszahlen und in Bildung und Infrastruktur gesteckt werden.

Jörg Bode Mdl
Fraktionsvorsitzender

Am Freitag, 20. Februar 2009, hat der Bundesrat das Konjunkturpaket beschlossen. Nur wenige Stunden später hat der Niedersächsische Landtag mit einem Nachtragshaushalt für das Jahr 2009

Neujahrsempfang mit 1.500 Gästen

Es ist die größte politische Veranstaltung in Niedersachsen. 1.500 Gäste konnte die FDP-Landtagsfraktion auf ihrem Neujahrsempfang am Sonntag, 11. Januar, im Congress Center Hannover begrüßen. Hauptredner war dieses Mal Walter Hirche, Niedersächsischer Minister für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr, der nur wenige Tage zuvor seinen Rücktritt angekündigt hatte. Nach „Standing

Ovations“ für den Liberalen und für seine große Abschiedsrede gab's ein persönliches Geschenk von allen Gästen, die gemeinsam „Die Gedanken sind frei“ sangen. Nachdenkliche Worte zur Finanzkrise und zu liberalen Werten, aber auch Amüsantes zu Walter Hirche hatte zuvor Philipp Rösler in seiner Rede gebracht. Gesine Meißner, Landtagsabgeordnete und Europakandidatin aus Niedersachsen, hatte die 1.500 Gäste begrüßt.



Aus dem Wirtschaftsministerium Philipp Rösler als Wirtschaftsminister vereidigt



Seit Mitte Februar ist Philipp Rösler neuer Wirtschaftsminister und stellvertretender Ministerpräsident von Niedersachsen. Er hat damit seinen politischen Ziehwater Walter Hirche im Amt beerbt.

Rösler freut sich auf seine neuen Aufgaben: „In der jetzigen Situation stehen wir in Niedersachsen vor großen Herausforderungen. Es gilt, möglichst gestärkt aus der Krise

hervorzugehen. Diese Chance sehe ich für die niedersächsische Wirtschaft.“ Im Mittelpunkt werde dabei weiter die strikte Ausrichtung der niedersächsischen Wirtschaftspolitik auf die Bedürfnisse des Mittelstandes stehen. „Hier entstehen die besten Ideen und die meisten Arbeitsplätze.“ Entbürokratisierung ist und bleibt eine der zentralen Aufgaben, denen

wir uns auch in den nächsten Jahren widmen müssen. Aber auch die Weiterentwicklung der Tourismus- und Gesundheitswirtschaft und des Medienstandortes Niedersachsen stehen auf der Agenda.“

Mit einem Augenzwinkern räumt er ein, dass die ersten Tage schon eine große Umstellung gewesen seien: „Die Arbeitsweisen in einem Ministerium sind doch ganz andere

als sie es noch etwa in der Fraktion waren. Ich wusste beispielsweise nicht, dass ein ‚+‘ die allgemeine Abkürzung für den Minister ist. Aber lange auf sich warten. Rösler musste bereits zwei Tage nach seiner Vereidigung im Bundesrat für die niedersächsische Landesregierung über das Konjunkturpaket II abstimmen und sich in der Debatte unter anderem mit Bundesfinanzminister Peer Steinbrück messen. Rösler wird auch bis zum Ende des Jahres die Funktion des Koordinators für die FDP-mitregierten Länder im Bundesrat (Niedersachsen, Bayern, Nordrhein-Westfalen, Baden-Würt-

temberg und Hessen) übernehmen. Ein, angesichts der Bundesratsmehrheiten, spannendes Amt. Seit der Hessen-Wahl verfügen die so genannten F-Länder über 29 von 69 Stimmen im Bundesrat, gemeinsam mit den von der CDU allein regierten Ländern Thüringen und Saarland sogar über eine Mehrheit von 36 Stimmen. Rösler: „Hier können wir im Bundesrat die Blaupause für eine Bundesregierung aus CDU und FDP nach der Bundestagswahl entwerfen.“

Dr. Philipp Rösler Mdl, Wirtschaftsminister



Aus dem Umweltministerium

Das Umweltgesetzbuch (UGB) – das Prestigeprojekt der Großen Koalition - ist gescheitert. Das Gezerre um dieses eigentlich begrüßenswerte und seit Jahrzehnten diskutierte Projekt war ein Trauerspiel. Dabei war alles gut vorbereitet. Die Föderalismusreform 2006 hat dem Bund die nötigen Kompetenzen dazu verschafft. Ziel war, das zersplitterte Umweltrecht in einem Gesetzbuch zusammenzuführen und, vor allem, zu vereinfachen. Was dann aber von Bundesumweltminister Gabriel vorgelegt wurde, war ein mehr als 1.000 Seiten umfassender Gesetzentwurf. Ein Entwurf, der alles andere als „schlank“ zu nennen ist und den hohen Erwartungen in keiner

Weise gerecht wurde. Die erklärten Ziele wurden verfehlt und somit auch die Möglichkeit für einen wichtigen Beitrag zum Bürokratieabbau. Völlig unzureichend war, dass neben dem UGB noch so genannte Rumpfgesetze, also Teile geltender Gesetze, bestehen bleiben sollten. Im Klartext: Neben dem UGB wären auch noch diese Gesetze anzuwenden gewesen. Keine praxistaugliche Lösung! Chancen zur Beschleunigung von Genehmigungsverfahren wurden nicht konsequent genutzt. Hinweise aus Niedersachsen auf vermeidbare Bürokratiekosten für die Wirtschaft in Millionenhöhe blieben ungehört und unberücksichtigt. Der Bundesumweltminister versuchte

außerdem, die Möglichkeiten der Länder, vom Bundesrecht abweichende Regelungen aufzustellen, regelrecht zu unterlaufen. So versucht der Bund den Ländern die Option zur Stärkung des Ersatzgeldes (Kompensation für Eingriffe in die Natur) zu nehmen. Schade, dass auf Bundesebene eine große Chance vertan wurde. Aber: Wir in Niedersachsen sind gut aufgestellt. Wir werden von jeder Abweichungsmöglichkeit dort Gebrauch machen, wo wir eigene, bessere Regelungen für unsere regionalen Besonderheiten brauchen. Die Fehlentwicklungen auf Bundesebene werden wir vermeiden.

Hans-Heinrich Sander Mdl
Niedersächsischer
Umweltminister



Struktur- und Steuerreform wäre bestes Konjunkturpaket

Ein Thema dominierte die politische Agenda der letzten Wochen und Monate – und wird auch die weitere Diskussion in Politik und Gesellschaft und natürlich insbesondere den bevorstehenden Wahlkampf beherrschen: Die globale Finanz- und Wirtschaftskrise. Die Bundesregierung hat hierzu inzwischen zwei Konjunkturpakete vorgelegt – nachdem die Bundeskanzlerin und Finanzminister Peer Steinbrück anfänglich noch steif und fest behaupteten, Maßnahmen zur Stützung der Konjunktur seien unnötig. „Das sind doch Beruhigungstabletten,“ spottete Steinbrück noch im November während der Haushalts-

debatte. In Krisenzeiten große Konjunkturpakete zu fordern, sei ein alter Fehler, nach dem Motto: Viel hilft viel. „Aber keiner denkt darüber nach, ob dabei nicht die Grundsätze der Effizienz und der Treffsicherheit verletzt werden.“ Diesen Vorwurf kann man heute genau so an Herrn Steinbrück richten. Keine Frage, mehr Investitionen in unsere Infrastruktur sind notwendig – das waren sie allerdings auch bereits vor und das werden sie auch nach der Krise sein. So waren zum Beispiel nach dem letzten Straßenbaubericht der Bundesregierung nahezu ein Viertel aller Bundesstraßen in einem nur begrenzt ge-

brauchsfähigen Zustand. Drastisch verschlechtert hat sich auch der Zustand der Brückenbauwerke. Aus verkehrs- und baupolitischer Sicht wäre es allerdings viel wichtiger, die Infrastrukturinvestitionen dauerhaft auf einem höheren Niveau zu verstetigen, anstatt jetzt über ein oder zwei Jahre hohe Mehrausgaben anzusetzen. Mit dem Geld aus den Konjunkturprogrammen können wir zwar einige drängende Probleme anpacken – das strukturelle Investitionsdefizit, das sich über die letzten Jahre entwickelt hat, wird damit jedoch nicht ansatzweise behoben.

Ich warne außerdem vor dem Irrglauben, dass allein durch staatliche Investitionen der konjunkturelle Abschwung aufgehalten werden könnte. Die gesamten Investitionen von Bund, Ländern und Kommunen machen gerade einmal zehn Prozent aller in Deutschland getätigten Investitionen aus. 90 Prozent der Investitionen kommen immer noch von Bürgern und Unternehmen. Ein Strukturpaket mit ordnungspolitischen Maßnahmen, das helfen würde, diese entscheidenden privaten Investitionen zu verein-

fachen und zu beschleunigen, hat die Koalition jedoch bis heute nicht vorgelegt – ganz zu schweigen von einem Vorschlag für eine deutliche Steuersenkung, um die Menschen und Betriebe zu entlasten und den Spielraum für Investitionen zu vergrößern. Ein weiteres Thema, das uns auch noch in den kommenden Monaten begleiten wird, ist der Datenschutzskandal bei der Deutschen Bahn. Hier hat der Verkehrsausschuss wesentlich zur Aufklärung beigetragen – und wir werden auch weiterhin kräftig bohren, um herauszufinden, was genau bei der Bahn vorgefallen ist und wer dafür die Verantwortung trägt. Hier ist uns auch Minister Tiefensee noch einige Antworten schuldig. Denn in seinen Grundzügen ist der Skandal bereits seit Juni 2008 öffentlich bekannt. Was hat die Bundesregierung in den zurückliegenden Monaten



getan, um hier für Aufklärung zu sorgen – oder hat Tiefensee durch Untätigkeit dazu beigetragen, dass dieser Skandal so lange unter der Decke bleiben konnte? Blamabel war übrigens in die diesem Zusammenhang auch der mit viel Tamtam von Wolfgang Schäuble einberufene Datenschutzgipfel, an dessen Ende die Erkenntnis stand, dass der Minister zwar ein Arbeitnehmerdatenschutzgesetz richtig findet – er aber in dieser Legislaturperiode keinen „Schnellschuss“ mehr machen wolle. Ich bin mir sicher, wäre es hier um die Terrorismusbekämpfung und nicht um den Datenschutz gegangen, hätten Schäubles Worte anders geklungen!

Patrick Döring MdB



Schuldenbremse ohne Hintertür

Kaum zu glauben, aber wahr: Am 12. Februar hat sich die Föderalismuskommission geeinigt. Im Grundgesetz soll eine Schuldenbremse verankert werden. Die Neuverschuldung des Bundes wird auf 0,35 % des Bruttoinlandsprodukts begrenzt, die Länder dürfen sich in konjunkturell normalen Zeiten nicht mehr verschulden. Leider soll dies erst ab 2020 gelten.



Die Entscheidung war längst überfällig. Denn die bisherige Schuldenbremse im Grundgesetz, der Artikel 115, hat sich als völlig unwirksam erwiesen. Sie hat nicht verhindern können, dass die Schulden des Staates in den vergangenen Jahren massiv angewachsen und auf inzwischen über 1.500 Milliarden Euro angestiegen sind.

Der Artikel 115 besagt, dass die Nettokreditaufnahme des Bundes nur dann höher ausfallen darf als die Summe der Investitionen, wenn mit den zusätzlichen Schulden

eine „Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts“ abgewendet werden soll. Diese Ausnahmeklausel wurde in den vergangenen Jahren nahezu beliebig genutzt, genau genommen des Staates in den vergangenen Jahren massiv angewachsen und auf inzwischen über 1.500 Milliarden Euro angestiegen sind. Die Entscheidung war längst überfällig. Denn die bisherige Schuldenbremse im Grundgesetz, der Artikel 115, hat sich als völlig unwirksam erwiesen. Sie hat nicht verhindern können, dass die Schulden des Staates in den vergangenen Jahren massiv angewachsen und auf inzwischen über 1.500 Milliarden Euro angestiegen sind.

wobei dies für den Bund als erfüllt gilt, wenn die Grenze von 0,35% des BIP eingehalten wird. Zugleich wird der Weg für Ausnahmen von der Regel eröffnet, etwa für „Naturkatastrophen“, „außergewöhnliche Notsituationen“ oder „eine von der Normallage abweichende konjunkturelle Entwicklung“.

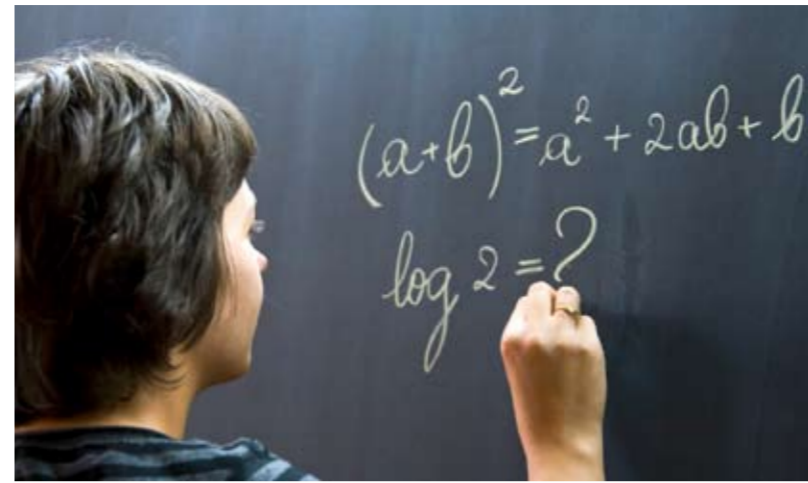
Das Bekenntnis zu einem prinzipiellen Neuverschuldungsverbot, wenigstens für die Länder, bedeutet gegenüber dem derzeitigen Zustand eine wichtige Verbesserung. Allerdings wird es von der genauen Ausgestaltung gerade der Ausnahmeregelungen abhängen, wie gut die Bremse greifen kann. Denn Bund wie Länder können auch künftig die Regeln umgehen.

Die Schuldengrenze gilt für „normale Zeiten“. Ob die Zeiten normal sind, entscheidet aber die jeweilige Regierungsmehrheit. So soll etwa der Bundestag mit der Mehrheit aller Abgeordneten Abweichungen



von der Schuldenregel beschließen können. Hier wäre eine höhere Hürde zu wünschen. Die FDP hatte sich dafür eingesetzt, für einen solchen Beschluss ein höheres Quorum in der Verfassung zu verankern, etwa eine Zwei-Drittel-Mehrheit. Sonst könnte sich die neue Schuldenbremse für den Staat als ähnlich löchrig erweisen wie die derzeit geltende Regelung. Noch liegt der Gesetzesentwurf, mit dem alle Einzelheiten geregelt werden sollen, nicht vor.

Dr. Claudia Winterstein MdB



Schulstruktur wird weiterentwickelt

Ob Schulstruktur oder Unterrichtsversorgung – in den vergangenen Monaten standen die Schulen in Niedersachsen wieder einmal im Fokus der Öffentlichkeit. Nachdem sich die FDP dieser drängenden Probleme angenommen hatte, ist Bewegung in die Sache gekommen: Die schwarz-gelbe Regierungskoalition hat ein ganzes Maßnahmenbündel für eine bessere Unterrichtsversorgung geschnürt und Wege gefunden, um den Bestand von Haupt- und Realschulen vor Ort zu sichern.

So wird u.a. die Praxisorientierung der Hauptschule, die mit den Betriebs- und Praxistagen begonnen wurde, stärker ausgebaut. Dabei sollen die Hauptschulen eng mit Berufsschulen zusammenarbeiten und die Schülerinnen und Schüler an zwei Tagen der Woche in den Berufsschulen unterrichtet werden. In einem entsprechenden Modellversuch konnte die Schulabbrecherquote deutlich gesenkt und die Vermittlungsquote zu einem Ausbildungsplatz deutlich gesteigert werden.

Die Realschulen sollen in ihrer Berufsorientierung gestärkt werden. Dabei sollen ab der 9. Klasse vier Profile angeboten werden: Technik, Wirtschaft, Soziales und Fremdsprache. Andererseits soll auch die akademische Orientierung wieder stärker in das Bewusstsein gerückt und die Anbindung an die Fachgymnasien und die gymnasialen Oberstufen verbessert werden.

Die Haupt- und Realschulen sollen, wie bisher, die Möglichkeit haben, als organisatorische Einheit zusammenzuarbeiten. Schon heute ist gemeinsamer Unterricht möglich, diese Möglichkeit soll weiter ausgebaut werden, allerdings nicht in den Kernfächern Mathematik, Deutsch und 1. Fremdsprache. Die Integrierten Gesamtschulen sollen künftig mit den anderen Schulen in Niedersachsen gleich behandelt werden, das heißt, dass die Gesamtschülerinnen und Gesamtschüler an

den IGSEN ihr Abitur nach 12 Jahren ablegen werden. Außerdem soll die Unterrichtsversorgung in Niedersachsen deutlich verbessert werden. Dazu werden 250 zusätzliche Lehrerstellen, vor allem an den Gymnasien, sowie 240 zusätzliche Referendarstellen geschaffen. Die Feuerwehrlern können zukünftig mit kompletter Stundenzahl eingestellt werden und nach zwei Jahren einen unbefristeten Vertrag erhalten. Wenn Pensionäre freiwillig weiterbeschäftigt werden wollen, sollen sie diese Möglichkeit bekommen. Die Mehrarbeit von Referendaren soll ermöglicht und bezahlt werden. Die Altersteilzeitregelung soll dahingehend flexibilisiert werden, dass die Lehrkräfte das Blockmodell wählen können. Die Teilzeitanträge von Lehrern sollen weiterhin genehmigt werden, wenn familiäre Gründe vorliegen; sie sollen aber individuell geprüft werden, wenn dies nicht der Fall ist und dadurch die Unterrichtsversorgung an einer Schule (zum Beispiel in Mangelfächern) gesichert werden kann. Die verbliebenen vollen Halbtagschulen sollen in Verlässliche Grundschulen umgewandelt werden und im Bereich der Anrechnungsstunden werden für die kommenden zwei Jahre Kürzungen vorgenommen, um die Unterrichtsversorgung zu sichern.

Wir wollen sicherstellen, dass auch in Zukunft jeder Schüler und jede Schülerin in Niedersachsen individuell gefördert werden kann.



Björn Försterling MdB
Bildungspolitischer Sprecher

Mit Volldampf in die Bundestagswahl

Am 14. Februar haben wir auf der Landesvertreterversammlung ein tolles Team gewählt und die Umfragen attestieren uns die Chance auf ein ausgezeichnetes Wahlergebnis. Die Ausgangslage für einen Erfolg am 27. September 2009 bei der Bundestagswahl ist so gut wie selten zuvor. Jetzt müssen wir durch engagierten Einsatz diese Chance auch nutzen.

Wir wollen die Regierungsbeteiligung, um Deutschland wieder voranzubringen. Der Umgang mit den derzeitigen Krisen erfordert schnellstens neue Ausrichtungen, damit Deutschland wieder fit für die Herausforderungen der Globalisierung wird. Hier ist eine grundlegende liberale Handschrift dringend notwendig. Die FDP ist immer dann stark, wenn sie konsequent für die Sicherung liberaler Grundwerte eintritt. Deshalb haben wir auch bei den letzten Wahlen mit unserer Landwirtschaftspolitik sehr gute Ergebnisse im ländlichen Raum erzielt. Diese wollen wir durch eine konsequente Ausrichtung am Markt ausbauen und die Wettbewerbsfähigkeit zu unseren Nachbarn stärken bei gleichzeitiger Kontrolle der Regeln für eine gute fachliche Praxis und für sichere Lebensmittel. Damit wir nicht nur im ländlichen Raum gute Wahlergebnisse erzielen können, ist insbesondere der Einsatz für einen starken Verbraucherschutz wichtig.

Gerade in den Städten spielt dieses Thema bei immer mehr Bürgern eine große Rolle. Wir wollen den selbstbestimmten und eigenverantwortlichen Verbraucher stärken und seine wirtschaftlichen Interessen in allen Bereichen des täglichen Lebens schützen. Eine attraktive Veranstaltung zum Verbraucherschutz (z.B. im Finanzwesen, für Produktsicherheit, für qualitativ gute und sichere Lebensmittel oder gute Produktkennzeichnung) ist vor Ort leicht auf die Beine zu stellen. Mein Büro in Berlin hilft Ihnen gerne. Die Globalisierung hat zum Ausbau der Schifffahrt geführt, das erfordert leistungsfähige Häfen und eine gute Hinterlandanbindung zu Lande und zu Wasser, für die ich mich auch weiterhin einsetze. Mit dem Jade-Weser-Port halten wir den internationalen Anschluss, die niedersächsischen Häfen müssen weiter gestärkt werden, mit dem Ausbau unserer Flüsse müssen wir sensibel umgehen. Die Globalisierung hat auch die Diskussion um Kirchen und Religionsgemeinschaften beeinflusst. Abgesehen von den Extremisten und auch dem Skandal um Bischof Williamson gibt es eine zunehmend konstruktive

Auseinandersetzung mit den Werten der verschiedenen Religionen, die auch notwendig für ein gedeihliches Miteinander unterschiedlicher Kulturen ist, nicht nur in Europa. Diese Politikfelder bearbeite ich mit Unterstützung meiner Büros in Berlin, Aschendorf und Leer, die Sie gerne in Anspruch nehmen können. Ich lade Sie herzlich ein, meine Homepage unter www.michael-goldmann.de zu besuchen. Hier finden Sie weitere Informationen.

Ich wünsche uns allen viel Spaß bei einem erfolgreichen Wahlkampf 2009!



Hans-Michael Goldmann MdB
Vorsitzender der niedersächsischen Landesgruppe in der FDP-Bundestagsfraktion





Weg mit dem Soli!

Friedhelm Pietschmann

„Nur dauerhafte Entlastungen für Bürger und Unternehmen stimulieren die Wirtschaft“

Der Trend der Arbeitslosenstatistik stimmt trübe. Auch wenn man die Zahlen der Erwerbstätigen dagegenhält: Knapp 3,5 Millionen Menschen in Deutschland ohne Job führen die Hochrechnungen an. Tendenz steigend. Friedhelm Pietschmann, Landesvorsitzender des Liberalen Mittelstandes Niedersachsen, sieht den konjunkturell bedingten Wirtschaftsabschwung an der Basis angekommen. Die Nachfrage nach Arbeitskräften sinkt dramatisch, die sozialversicherungsrechtlichen Beschäftigungsverhältnisse sinken zunehmend. „Das Maßnahmenpaket der Bundesregierung nimmt sich dieser Probleme jedoch in keiner Weise an,“ bemängelt der Unternehmer. Am Vorbild von Amerika macht Pietschmann klar, dass Steuererleichterungen bzw. Abgabensenkungen Möglichkeiten geben, einen Abschwung abzufedern. Zwar betont auch Präsident Obama,

dass es keine Musterlösungen in einer so facettenreichen Krise dieses Ausmaßes geben kann. Er vertraut trotzdem dem alten Rezept: Mehr Netto vom Brutto. Nicht umsonst ermöglicht ein Drittel des 622 Milliarden Euro schweren US-Konjunkturpaketes Steuererleichterungen. 80 Milliarden Euro fließen dagegen in Deutschland mit den beiden Konjunkturpaketen im Wesentlichen in Infrastrukturmaßnahmen. Nachhaltige Impulse für die Wirtschaft wird es nach Meinung Pietschmanns nicht geben: „Abwrackprämie und Kinderbonus greifen zu oberflächlich. Geld, welches dadurch für die Bürger frei verfügbar wird, verhilft nur einer Quote zum Anstieg: Der Sparquote. Die längst fällige Abschaffung des Solidaritätsbeitrages wäre ein richtiger Ansatz und eine dauerhafte, kalkulierbare Größe in Jedermanns Portmonee zur Belebung der Binnennachfrage.“



Freie Fahrt für „Gigaliner!“

Liberaler Verkehrspolitik hat zum Ziel, eine nachhaltige Mobilität für alle zu sichern. In der europäischen Verkehrspolitik rein ideologisch motiviert zu argumentieren, bringt uns nicht weiter. Deswegen dürfen wir nicht verkennen, dass die Straße ein unverzichtbarer Verkehrsträger ist und vorerst leider auch bleiben wird.

Denn die Schiene stellt einfach nach wie vor keine verlässliche Alternative für den Gütertransport dar. Deswegen müssen wir uns auch weiterhin für Verbesserungen der Nachhaltigkeit des Straßenverkehrs einsetzen.

In den „Gigaliner“ genannten Lkw-Kombinationen mit bis zu 25m Länge sehe ich einen wichtigen Schritt hin zu einem umweltverträglicheren, sichereren und wirtschaftlicheren Straßengüterverkehr. Das hat sich schon bei dem Pilotprojekt in unserer Heimat bestätigt, als Verkehrsminister Walter Hirche 2006 in Niedersachsen als erstem Bundesland probeweise den Fahrbetrieb für die Gigaliner erlaubte. Ebenfalls positive Ergebnisse brachten Pilotprojekte oder gar unbefristete

Aus dem Europaparlament

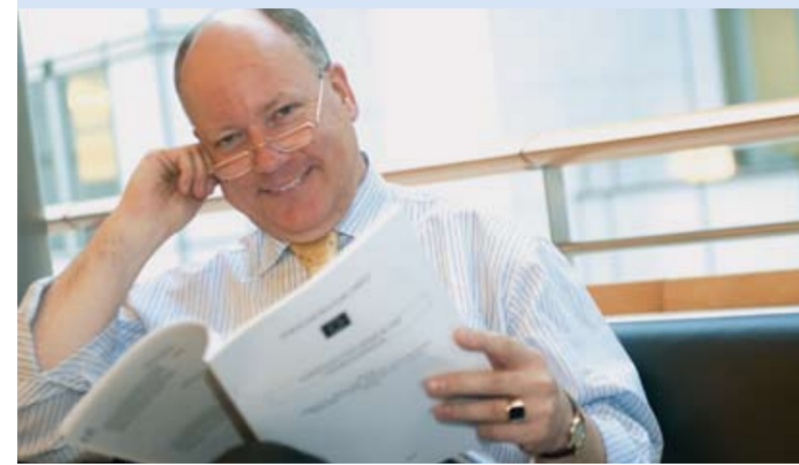
Zulassungen in anderen europäischen Staaten. Und nun kommt erneut Rückenwind von wissenschaftlicher Seite: Eine von der Europäischen Kommission in Auftrag gegebene Studie bestätigte jetzt nämlich, dass eine europaweite Zulassung der 25m-Lkw - beschränkt auf Autobahnen und ausgewählte Regionalstraßen -

genau diese Forderungen erfüllen könnte (siehe Kasten). Nun hoffe ich, dass die neue Studie der entscheidende Anstoß sein wird, dass im Falle der „Gigaliner“ endlich Fakten über Vorurteile und Ideologie siegen werden!

Willem Schuth MdEP

Studie unterstreicht Vorteile der „Gigaliner“

- „Gigaliner“ haben eine um über 10% bessere Energieeffizienz als herkömmliche Lkw
- Die CO₂-Bilanz pro transportierter Tonne ist bei „Gigalinern“ positiver
- Transporte mit „Gigalinern“ sind 20% kostengünstiger
- In Deutschland könnten 10% der im Güterverkehr gefahrenen Kilometer eingespart werden
- Das Verkehrsaufkommen würde sich verringern
- Das Gesamtunfallrisiko würde sinken



Das Regionalbüro Hannover der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit/ Rudolf von Bennigsen-Stiftung im ersten Halbjahr 2009

Das erste Halbjahr 2009 wird für die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit und die Rudolf von Bennigsen-Stiftung natürlich durch die beiden in diesem Jahr stattfindenden Wahlen geprägt sein.

So bietet das Büro wieder Fertigkeitentrainings in den unterschiedlichsten Bereichen an. So finden am 25. und 26. April zwei Trainings in Hannover im Bereich Rhetorik und Argumentation sowie ein Diskussionsstraining statt. Weitere Rhetorik-Trainings finden am 10.05. in Osnabrück und am 25.04. in Emden statt. Alle Seminare geben viele praxisnahe Informationen für den erfolg-

reichen, persönlichen Auftritt im politischen Meinungsstreit. Dazu gehören vor allem: Sicherer Reden und rhetorische Präsentation auf den Punkt, optische Erscheinung, die verständliche und einprägsame Formulierung der Kernbotschaft, Reaktion auf kritische Fragen, Unterstellungen und Anschuldigungen, Umgang mit Lampenfieber und Stress.

Weiterhin ist ein Medientraining in Hannover geplant. Der genaue Termin wird noch bekannt gegeben.

Natürlich sind auch wieder viele Aktivitäten im inhaltlichen Bereich geplant. Hier ist nur eine kleine Auswahl zu nennen. In Kooperation mit den Liberalen Frauen Niedersachsen

findet am 14. März 2009 im Mercure Hotel City die Diskussionsveranstaltung „Frauen in der Wirtschaft - umSteuern und umDenken“ statt. Frauen sind heute in vielen Bereichen der Wirtschaft tätig und schon lange keine Einzelgänger oder Ausnahmeerscheinungen mehr. Nicht nur in den „klassischen“ Bereichen, sondern auch in Handwerksberufen und als Ingenieure trifft man heute selbstverständlich Frauen an. Wie sieht Ihre Situation aus? Sind wir schon an dem Punkt angelangt, an dem Frauen und Männer im Berufsleben gleich behandelt werden?

Mit dieser Frage wird sich Frau Heike Mänz unter dem Aspekt der Chancengleichheit und des equal pays branchenübergreifend aus-

einandersetzen und uns neue Erkenntnisse aus der Wissenschaft und Forschung präsentieren. Am 19.03. wird ebenfalls in Hannover die Rolle der neuen Medien im politischen Wahl- und Meinungskampf beleuchtet. Am 20.03. berichtet Stefan Jähnel, Ex-Neonazi, von seinem Aufstieg und seinem Ausstieg.

Der Journalist und Buchautor Stefan Jähnel gehörte Ende der 80er und Anfang der 90er Jahre zum engen Führungszirkel diverser rechtsextremistischer Organisationen. Als 14-Jähriger hat er sich in seiner Heimat am Tegernsee von nationalsozialistischem Gedankengut beeinflussen lassen. Er war, so sagt er, mittendrin, er fand das Dritte Reich toll, er wollte an die

Auschwitz-Lüge glauben und fand das Führerprinzip verführerisch. Während seiner „Karriere“ als Neonazi erlebte er zahlreiche Hausdurchsuchungen und Festnahmen durch Beamte des Landeskriminalamtes. Als er erkannte, dass es nach der anvisierten Machtergreifung der Neonazis bald mit der Meinungsfreiheit vorbei sein würde, begann er über den Ausstieg nachzudenken. 1994 kehrte er mit 24 Jahren der rechten Szene endgültig den Rücken. Diese Veranstaltung wird in Helmstedt stattfinden.

Mehr Informationen gibt es auf www.freiheit.org oder 0511 1699970.

Liberaler Senioren

Wählerpotenzial bei den über 60-Jährigen ausschöpfen!

Das Jahr 2009 wird neben vielen umwälzenden Ereignissen in Gesellschaft und Wirtschaft auch von einem regelrechten Wahlmarathon geprägt werden. Nach dem spektakulären Ausgang der Landtagswahlen in Hessen werden noch weitere vier Landtagswahlen, acht Kommunalwahlen in ebenso vielen Bundesländern und außerdem die Wahl des Bundespräsidenten am 23. Mai, die Europawahl am 7. Juni und schließlich die Bundestagswahl am 17. September stattfinden. Seit der Hessen-Wahl fragen sich allerdings die Akteure irritiert, was sie hier noch alles erleben werden. Nicht nur soziale Einschnitte und wirtschaftliche Katastrophen, die voraussichtlich 2009 unsere Gesellschaft und Wirtschaft noch erschüttern werden, sondern auch die Ergebnisse aus diesen Wahlen haben das Zeug, unsere Republik durchgreifend zu verändern. Aufregung und Unruhe wird es also in diesem Jahr noch genug geben.

Nur wer in diesem Tohuwabohu klaren Kopf behält und überzeugende Orientierungshilfen gibt, wird in den bevorstehenden Wahlen Erfolg haben. Wählen zu gehen, wird von den Älteren, wie neuere Untersuchungen zeigen, eher als ein soziales Gebot, um nicht zu sagen, als Staatsbürgerpflicht empfunden. Die über 60-Jährigen stellen mittlerweile nicht nur die größte von

gleichen oder ähnlichen Lebenserfahrungen und Interessen geprägte Wählergruppe dar. Diese Altersgruppe beteiligt sich auch aufgrund ihrer grundsätzlichen Einstellung im Vergleich zu den übrigen Wählergruppen zahlenmäßig am stärksten an Wahlen. Wegen des demografischen Wandels wird es darum immer mehr ältere und immer weniger jüngere Wähler mit der Folge geben, dass es dank der Älteren im Laufe der Zeit vermutlich zu einer immer höheren und stabileren Wählerbeteiligung kommen wird. Das Wahlverhalten der Älteren zu beeinflussen und auf deren Sorgen und Interessen einzugehen, wird darum für die Parteien immer wichtiger werden. Wie nicht erst die Landtagswahlen in Hessen und



zuvor schon in Bayern gezeigt haben, ist die Zeit der Stammwähler, die sich über viele Wahlperioden mit einer Partei identifiziert haben, offenbar vorbei. Die den Älteren über lange Zeit nachgesagte Orientierung hin zu eher konservativen Parteien ist wegen der zunehmenden Individualisierung und Entwicklung von eher persönlichen Präferenzen deutlich zurückgegangen. Hier kommen sich die Älteren und die Jüngeren nicht mehr die Rede sein kann. Was allgemein mehr und mehr zählt, sind weniger materielle als vielmehr immaterielle Werte - die Liberalen mögen sich freuen - wie Freiheit,



Frieden, Gesundheit, Glück oder etwa in der Politik Führung, Klarheit, Verantwortung, Verlässlichkeit. Dieser Wertewandel ist vor allem Folge eines breit gestiegenen Wohlstandes, der immer mehr Menschen die Befriedigung ihrer materiellen Bedürfnisse erlaubt und sie nun nach höheren Werten ausschauen lässt. Möglicherweise erklärt dies auch die jüngsten Wahlerfolge der Liberalen.

Für die FDP stellen die über 60-Jährigen mittlerweile nach den Erstwählern - 18 bis 25 Jahre - die zweitstärkste Wählergruppe dar. Diese Position auszubauen und damit liberaler Politik eine breitere Basis zu verschaffen, liegt im unmittelbaren Interesse der LIBERALEN SENIOREN und ist darum ihre Forderung an die FDP. Die Sorgen und Probleme der LIBERALEN SENIOREN unterscheiden sich im Übrigen nicht wesentlich von denen jüngerer Generationen. Auch die Jüngeren werden sich jetzt schon etwa für Altersversorgung, Krankenversicherung und Pflege im Alter. Dafür hat die FDP aus der Sicht der LIBERALEN

SENIOREN vernünftige und verantwortungsvoll konzipierte Programme, die es ebenso wie in den übrigen Politikbereichen konsequent und mit kompetenten Persönlichkeiten umzusetzen gilt. Die LIBERALEN SENIOREN wollen, dass diese Republik auf jeden Fall liberaler wird! Dafür suchen die LIBERALEN SENIOREN weitere Mitstreiter, im Kreisverband Region Hannover, Vorsitzender Gerd-Dietrich Tiefensee in Hannover, Laher Kirchweg 60. Im Kreisverband Leer, Vorsitzender Dieter Nagel in Hesel, Am Timmerberge 36. Im Kreisverband Northeim-Dassel, Vorsitzender Joachim Kuhle in Dassel, Herrenhof 2. Im Kreisverband Region Braunschweig, Vorsitzender Hans-Peter Roppel in Schöningen, Marienstr. 10. Im Kreisverband Region Oldenburg, Vorsitzende Gaby Ender, in Oldenburg, Ofendieker Straße 70 und im Landesverband Niedersachsen in Hannover, Walter-Giesekingstraße 22.

Gerd-Dietrich Tiefensee Landesvorsitzender der Liberalen Senioren



Eine Wirtschaftspolitik der Unverhältnismäßigkeit!

Es ist schon sehr interessant, wenn man die Wirtschaftspolitik der „Großen Koalition“ analysiert. Die Rettung des Finanzplatzes Deutschland ist dabei ein richtiger Ansatz. Dies muss aber mit Augenmaß geschehen und nicht nach dem Motto „Viel hilft viel!“ So ist die angedachte Hilfe bei einem Unternehmen wie der Schäffler Gruppe, das sich betriebswirtschaftlich verkalkuliert hat, der falsche Weg. Ein kleines oder mittelständisches Unternehmen muss-

te in einer vergleichbaren Situation seinen Betrieb insolvent melden. Ein anderes Beispiel ist Opel – für die es selbst bei einer Abspaltung von GM keinen ernsthaften Übernahmepotenzialen gibt. Ein Unternehmen wie Karmann in Osnabrück/Rheine musste die Autoproduktion auf Grund von Auftragsmangel aufgeben. Gilt das etwa nicht für Opel? Die Politik einer Bundesregierung, die sich nur auf große Unternehmen konzentriert, ist nicht

hilfreich für dieses Land. Ferner muss man sich die Frage stellen, wie sich das deutsche Transportgewerbe bei diesem Spiel mit Steuermilliarden fühlen muss. Die Branche kämpft seit dem 1. Januar 2009 durch die Mautspreizung um die nackte Existenz. Die Staffelfelung der Lkw-Maut in einzelne Euronormen ist gerade eine Belastung für die kleinen Unternehmen,

die ihre Lkw kaufen und finanzieren müssen, und nicht eben mal neu in einen neuen Fuhrpark investieren können. Diese Regelung belastet diese Betriebe unverhältnismäßig und wird viele tausende Arbeitsplätze kosten. Zusätzlich birgt der Verlust in der Speditionsbranche auch Arbeitsplatzrisiken in der Lkw- und der Zubehörproduktion. Die Politik der schwarz-roten Koalition sollte

verstärkt über Entscheidungen nachdenken und nicht durch politisch verblendeten und daher falschen Idealismus handeln. Glücklicherweise wird es nach dem 27. September eine neue Politik geben - einen echten Wandel!

Von Felix Bensmann



Chancen nutzen, aber mit Augenmaß



Das Konzept des Konjunkturpaketes II hat die FDP für falsch gehalten, einerseits wegen der enormen neuen Schulden, andererseits wären Erleichterungen für alle

Steuerzahler hilfreicher gewesen. Jetzt, da das Paket beschlossen ist, sind die Kommunen gefordert, die Chancen zu nutzen, die es ihnen bringt. Eine Verbesserung der Infrastruktur, insbesondere im Schulbereich, ist an vielen Stellen notwendig, ohne dass sie bisher in aktuelle Haushaltspläne einfließen konnte.

Wer sich wie die FDP beim Konjunkturpaket II gegen die hohe Verschuldung zu Lasten der nächsten Generation wendet, muss darauf achten, dass wirklich der

erwünschte Zweck erreicht wird. Es kann nicht geduldet werden, dass für im Haushalt bereits finanzierte Maßnahmen durch Neuverschuldung des Bundes und des Landes der örtliche Haushalt entlastet wird. Die Investitionen werden Folgekosten nach sich ziehen.

Für die sind im Wesentlichen die Kommunen selbst verantwortlich, was im Überschlag über die Freude an den neu einzusetzenden Mitteln leicht übersehen wird. Die den Kommunen übertragene Verantwortung ist groß. Die

Erleichterung bei den Vergabebedingungen können sie für zügige Umsetzung der Investitionspläne nutzen und zugleich den regionalen Unternehmern Aussichten auf beschäftigungsrelevante Aufträge zu machen. Die Kontrolle, die eine Ausschreibung sonst erfüllt, muss allerdings im eigenen Hause durchführbar sein.

Die VLK wird die Durchführung des Konjunkturpaketes auch daraufhin beobachten, ob die hier eingeführten Erleichterungen nicht dauerhaft erhalten werden können. ■

Prof. Dr. Herbert Hotje
VLK-Landesvorsitzender
Niedersachsen



Liberaler Frauen im Wandel



Bei der diesjährigen Bundesmitgliederversammlung der LIBERALEN FRAUEN wurde beschlossen, ein neues Grundsatzprogramm zu erarbeiten. Das in 2004 beschlossene Grundsatzprogramm der LIBERALEN FRAUEN „Für eine gendergerechte Gesellschaft“ erweckt den Eindruck als würde das politische Interesse der LIBERALEN FRAUEN sich auf das enge Themengebiet Frauen, Familie, Bildung und soziale Sicherung beschränken. Das

ist nicht so! Das Themenspektrum, mit dem sich die Liberalen Frauen beschäftigen geht weit über diese Themengebiete hinaus. LIBERALE FRAUEN befassen sich mit politischen Inhalten aus allen Politikbereichen. „Ein Grundsatzprogramm sollte zu Themen wie Umweltschutz, Verbraucherschutz, Datenschutz, innere Sicherheit, Arbeitsmarktpolitik - um nur einige zu nennen - Stellung nehmen“, so Anne Hermühlen, Mitglied im Bun-

desvorstand LIBERALE FRAUEN. „Dies ist umso wichtiger, wie Befragungen von Frauen bei den letzten Wahlen gezeigt haben, dass für die Wahlentscheidung von Frauen die Inhalte der Parteiprogramme von ganz entscheidender Bedeutung waren.“ Bei der Überarbeitung des Grundsatzprogramms zählen die LIBERALEN FRAUEN auch auf die Unterstützung der weiblichen FDP-Mitglieder. Den Interessen und Zielvorstellungen LIBERALER FRAUEN sollen in dem

neuen Grundsatzprogramm Rechnung getragen werden. Frauen, die in der Programmkommission mitarbeiten möchten, können sich gerne bei der Vorsitzenden der Programmkommission, Doris Buchholz, unter: Redaktion-Webseite@liberale-frauen.de melden. ■

Verdienstkreuz 1. Klasse des Niedersächsischen Verdienstordens für Ursula Thümler

Für ihr herausragendes ehrenamtliches Engagement erhielt Ursula Thümler am 21. Januar 2009 das Verdienstkreuz 1. Klasse des Niedersächsischen Verdienstordens durch Ministerpräsident Christian Wulff im Gästehaus der Landesregierung überreicht. Unter den Gästen waren auch Dr. Philipp Rösler, der Vorsitzende der FDP Niedersachsen und jetzige Wirtschaftsminister, und der Intendant des NDR Lutz Marmor. Ursula Thümler gehörte dem Vorstand des Landesfrauenrates Niedersachsen e. V. von 1996 an und war von 2002 bis 2008 die Vorsitzende. Ihr entsendender Verband ist der Landesverband Niedersachsen der Liberalen Frauen, deren Ehrenvorsitzende und Gründerin sie ist. Ihr ehrenamtliches Engagement in Nie-



Dr. Philipp Rösler, Ursula Thümler, Christian Wulff und Lutz Marmor (v. li.)

dersachsen begann mit der Gründung eines Spielkreises in kirchlicher Trägerschaft. Spielkreise entstanden in den 70er-Jahren aus der Not fehlenden Kindergartenplätze. Über

ihre langjährige Elternratsarbeit kam sie später zur Kommunal- und Frauenpolitik. Sie war Mandatsträgerin im Ortsrat Rethen, langjährige Stadtverbandsvorsitzende der FDP

in Laatzen und ist seit 1983 Jahren Mitglied der FDP. Ursula Thümler vertrat den Landesfrauenrat u. a. viele Jahre im Vorstand des Landespräventionsrates Niedersachsen. Ihr besonderes Augenmerk galt der Vernetzung und Zusammenarbeit zu frauenpolitischen Themen auf Landesebene. So initiierte sie 2006 im Vorfeld der Fußballweltmeisterschaft im Deutschland gemeinsam mit vielen Kooperationspartnern die landesweite „Kampagne gegen Zwangsprostitution“.

Ursula Thümler vertritt den Landesfrauenrat auch weiterhin im NDR Rundfunkrat und im Beirat der N-Bank, in den sie 2008 als erste Frau überhaupt berufen wurde. ■



Impressum

Freie Demokratische Partei
Landesverband Niedersachsen
Walter-Gieseck-Str. 22
30159 Hannover
V.i.S.d.P.: Dr. Oliver Liersch
Eine aktuelle Anzeigenpreisliste
schicken wir Ihnen gerne zu.
Telefon: 05 11 - 2 80 71-0
Telefax: 05 11 - 2 80 71-25
E-Mail: nds@fdp.de
Internet: www.fdp-nds.de
Auflage: 6.800 Exemplare

Layout und Satz:
a.b.media gmbh
Kathrein Bönsch
Hastenbecker Weg 1
31785 Hameln
www.abmedia-online.de

Druck: Unger und Pauselius, Hameln
Fotos: Bildarchive (8 Stück)
FDP Landesverband Nds. (17 Stück)